

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Post: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammlennummer: 25 241.
Kurz für Nachgelieferte: 20 011.

Wegzugs-Bekanntmachung: Die Dresdner Nachrichten werden am 1. März 1919 in Dresden und Chemnitz...
Verlag: Verlag von Neumann, Neudamm 10 395 Leipzig.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Wartenbergstraße 38-40.

Dred u. Verlag von Neumann & Neudamm in Dresden.
Postfach-Nr. 10 395 Leipzig.

Kostenlos mit bester Druckerei („Dresdner Post“) gedruckt. — Unverlangte Exemplare werden nicht erbeten.

Blond George über den Vorfrieden.

Das Programm der Reichsregierung.

Die neue Regierung des Reiches ist gebildet und hat durch den Mund des Ministerpräsidenten Scheidemann ihr Programm entwickelt. Damit ist die Zahl der historischen Augenblicke, die in diesen Tagen mit ihrer bedeutsamen Fülle der Geschichte in Weimar aufzutreten, wieder um einen vermehrt worden. Der Augenblick allein tut's aber nicht, sondern es kommt darauf an, ob er auf Grund seiner Nachwirkungen für würdig befunden wird, in den Büchern der nationalen Geschichte dauernd als bemerkenswert verzeichnet zu werden. Das aber hängt ganz von der Art ab, wie die neuen Männer in der Reichsregierung ihre programmatischen Verheißungen zu erfüllen streben. Leider schwebt schon über der Einführung der Regierung der Unruhen harter parteipolitischer Begleiterscheinungen, ein Umstand, der es auch dem optimistisch veranlagten Politiker nicht gerade erleichtert, sich besonders zuverlässiger Erwartungen über die kommenden Dinge hinzugeben, die sich wahrhaft großzügig und gedeihlich doch nur unter der Voraussetzungen entwickeln können, daß der parteipolitische Egoismus in die engsten Schranken gebannt und das alte Parteigebiet auf dem Altar einer geläuterten höheren Auffassung im Sinne des alten Bismarckschen Wahlspruchs geopfert wird: „Patriae inseruendo consumor“, „Im Dienste des Vaterlandes verzehre ich mich“. Auf solche Aufopferung aller seiner Bürger hat heute Deutschland wegen seiner schweren Notlage mehr als je Anspruch, und Regierung und Parteien müssen dabei dem einzelnen mit leuchtendem Beispiel vorangehen und durch Betätigung ihrer selbstlosen republikanischen Bürgerpflicht den allgemeinen Sinn für die Wohlfahrt des großen Ganzen erwecken und dauernd lebendig erhalten. Nur wenn die Regierung ihre Arbeit im öffentlichen Interesse unentwegt auf solcher Höhe der Bestimmung zu erhalten vermag, wird sie von dem Segen begleitet sein können, dessen wir zu unserer Wiedererhebung aus tiefer Not und Schmach bedürfen.

Grundätzlich kann zugegeben werden, daß mit dem im Regierungsprogramm aufgestellten Leitfaden auch von bürgerlicher Seite eine erfolgreiche Mitwirkung an dem Aufbau des neuen Reiches denkbar ist, unbeschadet des mehr oder weniger starken Widerstandes, den einzelne Punkte, zumal solche, bei denen der rein sozialistische Einschlag in die Erscheinung tritt, finden müssen. Angesichts der nachdrücklichen Betonung der starken Zentralgewalt zur Festigung der Reichseinheit wäre es wünschenswert gewesen, wenn man als Gegengewicht einen Satz eingefügt hätte, aus dem der Wille der Regierung, auch die bundesstaatliche Gliederung des Reiches zu ihrem Rechte kommen zu lassen, hätte gefolgert werden können. Auf wirtschaftlichem Gebiete ist die Erklärung, daß eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung erzielt werden soll, mit Genugtuung zu begrüßen. Mit dem bloßen „Erfassen“ der Lebensmittel, worin bisher alles Heil erblickt wurde, ist es nicht getan. Die Hauptfrage ist, daß dem Landwirt ein genügender Anreiz zur höchstmöglichen Steigerung seiner Erzeugung gegeben wird, damit er in der Versorgung der Bevölkerung das Meiste leistet, was der Boden herzugeben vermag. Auch die Verbesserung, daß die persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des Einzelnen geschützt werden sollen, wird gern entgegengenommen werden, und ebenso die bestimmten Versicherungen über die Ablehnung jedes Gewaltfriedens, aber die Aufgabe unserer Kolonien und die sofortige Heimbeförderung unserer Kriegsgefangenen. Das alles gewinnt aber erst dann den richtigen Wert, wenn den Worten entsprechende Taten folgen und bei der praktischen Durchführung des Verheißenen die Energie als oberste Tugend betätigt wird.

Im ganzen hand die Rede Scheidemanns bei weitem nicht so auf der Höhe der Situation, wie die Reden Dr. Davids und Eberts am Tage der Reichspräsidentenwahl. Die langatmige Auseinandersetzung mit den Unabhängigen paßte durchaus nicht zu der Größe des Augenblicks und wäre besser ganz unterblieben, abgesehen von einem kurzen Hinweis auf die fortdauernde unbefriedigende Engherzigkeit der Regierung, den spartakistischen Unheilstillern gründlich das Handwerk zu legen. So wie Herr Scheidemann die Sache ansah, mußte man allenthalben die Absicht merken, nach der Seite der äußersten Linken hin gewissermaßen eine parteipolitische Entschuldigung zu richten, daß die Mehrheitssozialisten ihre alten Weagenossen, der Rot gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, so unfaul behandeln mußten. Die Schwäche der mehrheitssozialistischen Regierung tritt auch bei dieser Gelegenheit wieder deutlich in Erscheinung. Sie liegt darin, daß man die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung mit den Unabhängigen immer noch nicht begraben hat und deshalb gegenüber den Letzteren nicht so unerbittlich aufzutreten mag, wie es eine reinliche Scheidung der Geister erfordern würde. Das Etwas zwischen sich und den Unabhängigen völlig zerbrechen will die Mehrheitssozialdemokratie nicht, und dieses Halbvolles erzeugt ein sortgelehtes Wanken und Schwanken, wodurch das allgemeine Vertrauen zur Regierung nicht gehärtet werden kann. Zu größerer Wirkung erforderte die Rede Scheidemanns erst nach dem Verlassen des Unabhängigen-Themas bei der Erörterung des Friedensschlusses und des Schicksals unserer Kriegsgefangenen.

Die deutsche Nation wird also nun in Gemeinschaft mit der neuen Regierung auf Grund des von dieser veröffentlichten Programms an das schwere Werk des Wiederaufbaues Deutschlands nach den Verheerungen der Kriegszeit herantreten. Soll das Werk wohl gelingen, so muß in erster Linie das zur Wahrheit gemacht werden, was der Ministerpräsident Scheidemann in Gemeinschaft mit dem Reichspräsidenten Ebert feierlich verkündet hat: daß trotz des nachdrücklichen Befehns der leitenden Männer zum Sozialismus der einzelne deutsche Staatsbürger völlig frei in der Betätigung seiner politischen Überzeugung sein und sein Verstand geltend machen soll, auf die öffentliche Meinung über die abgehenden Körperschaften einen mit dem Geiste der Demokratie unvereinbaren Druck auszuüben. Wenn diese Forderung loyal innegehalten wird, dann, aber auch nur dann kann der Ausblick in die nächste Zukunft von den schwersten Trübungen frei sein.

Unterzeichnung des Vorfriedens Ende April?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Basel, 14. Febr. Die „National-Zig.“ meldet aus London: Blond George teilte im Unterhause mit, daß der Präliminarfrieden bis spätestens Ende April vollzogen sein würde.

Die französischen Sozialisten und die Waffenstillstandsfrage.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Genf, 14. Febr. Der „Temps“ meldet, daß die Sozialisten auf Vorschlag ihrer Interpellation gegen eine Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen im Kammerauschuß für Auswärtiges verurteilt haben. Die Besprechung sollte am Sonnabend stattfinden. Der „Temps“ feiert die Stellungnahme der Sozialisten als patriotische Tat.

Genf, 14. Febr. „Homme libre“ meldet, daß die Mehrheit der Alliierten in der Frage des neuen Waffenstillstandes sich auf die Seite Hoch gestellt habe.

Amerikanische Lebensmittel-Kontrollen für Deutschland.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Genf, 14. Febr. Hier sind am Mittwoch über dreihundert amerikanische Lebensmittel-Kontrollen eingetroffen, die über Basel nach Deutschland weiterreisen, um die Organisation der Kontrolle für die amerikanischen Lebensmittellieferungen an Deutschland zu übernehmen. Die Kommission tritt voraussichtlich in der letzten Februarwoche in Berlin ein.

Amerika weist die Radikalen aus.

Berlin, 14. Febr. Aus den Vereinigten Staaten wurden 800 Bolschewiki und andere radikale Aufwiegler ausgewiesen.

Ein neues Steuerprojekt des Reichshauptamtes.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachr.“)
Berlin, 14. Febr. Die aus zuverlässiger Quelle verläßt, wird demnächst ein neues Finanzprojekt des Reichshauptamtes veröffentlicht werden. In Aussicht genommen ist eine zehnprozentige Kapitalrentensteuer von allen Einkünften aus mobilem Vermögen, aus Wertpapieren, Hypotheken, persönlichen Darlehen. Neben dieser Steuer würden natürlich alle anderen Steuern, insbesondere auch die Vermögensabgabe, bestehen bleiben.

Schluss der Nationalversammlung Anfang April.

Berlin, 14. Febr. Die Reichsregierung wünscht, der „Deutschen Allg. Zig.“ zufolge, die notwendigen Arbeiten der Nationalversammlung für Anfang April zu beenden, und wenn nach Ostern noch einmal ein Zusammentritt nötig ist, sie in Berlin tagen zu lassen, das auch für die späteren Tagungen im Volkshause in Aussicht genommen ist.

Der aufgedeckte Spartakus-Mobilisierungsplan.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 14. Febr. Der bei Radek vorgefundene Mobilisierungsplan der Spartakisten in Deutschland hat den Ausbruch der deutschen Spartakusrevolution in 28 deutschen Großstädten gleichzeitig vorgesehn. Nach einem einheitlichen Plan sollten in den Großstädten zunächst die Kolonnen überzumpelt werden. Für Berlin waren Anstalts- und Bombenlager angesetzt, mit deren Ausstattung die Behörden zurzeit beschäftigt sind.

Im Verlaufe der Verhaftung Radeks ist es geklärt worden, sechs weitere Spartakusführer in Berlin festzunehmen. Auch zwei russische Kuriers der Sowjetregierung, die mit neuem Revolutionsmaterial Radek ausstatten, wurden verhaftet.

Zusammentritt der preussischen Landesversammlung.

Berlin, 14. Febr. Im preussischen Kabinett ist geklärt worden, die preussische Landesversammlung zum 4. März einzuberufen. Außerdem haben die maßgebenden Politiker die Absicht, auch für Preußen einen Staatspräsidenten zu wählen.

Die Wünsche der Elsass-Lothringer.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, 14. Februar.
Bekanntlich weilt schon seit einigen Tagen in Weimar eine Deputation der Elsass-Lothringer. Heute vormittag haben sechs Mitglieder dieser Deputation, nämlich der Steuerdirektor Goeß aus Straßburg, der Stabarzt Will aus Kolmar, der Professor Anrich, der Vikar Scherer und Hrl. Oberlehrerin Kaustler, eine

Besprechung mit den Vertretern der Presse

in Weimar gehabt. Steuerdirektor Goeß, der zuerst das Wort ergriff, führte in einer groß angelegten und sehr eindringlichen Rede aus, weshalb die Elsass-Lothringer nach Weimar gekommen sind. Er betonte, in welcher Weise die Franzosen heute davon gehen, Elsass-Lothringen vollständig zu französisieren, daß heute schon dort das Französische als Amtssprache eingerichtet worden sei und auch in allen Schulen, selbst in den Volksschulen, Französisch als Unterrichtssprache zu geben habe. Zahllose Altdeutsche, selbst solche, die seit vielen Jahrzehnten im Elsass seien und zum Teil auch im Lande geboren seien, würden ausgewiesen. Die Franzosen gingen planmäßig darauf aus, das deutsche Element in Elsass-Lothringen vollständig auszuröten. Es war daher naturgemäß, so führte Steuerdirektor Goeß fort, daß wie deutschgesinnten Elsassier und die ausgewiesenen Altdeutschen um eine Vertretung unserer Interessen nachsuchten, und zwar dort, wo wir allein sprechen können, daß wir von der ganzen Welt gehört werden: in der deutschen Nationalversammlung.

Was wollen wir in der Nationalversammlung?

Wir wollen nicht etwa deutschnationalistische Demonstrationen von uns geben, wir wollen uns vollständig auf den Boden der vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson stellen. Wir wollen nicht sagen: Elsass-Lothringen muß unbedingt bei Deutschland bleiben. Wir wollen aber das Selbstbestimmungsrecht auch für Elsass-Lothringen. Wir wollen frei entscheiden, ob wir zu Deutschland gehören oder neutral werden sollen. Wie ist die Stimmung im Lande? Es ist richtig, es ist Deutschland in den 45 Jahren nicht geliebt, Elsass-Lothringen zu germanisieren, es ist ihm nicht gelungen, an die Volksseele heranzukommen. Die Ursache ist darin zu erblicken, daß bei den deutschen Verwaltungsbehörden ein gewisses Mißtrauen bestand gegen die Eingeborenen, daß es die deutsche Regierung abgelehnt hat, Altdeutsche in politische Ämter zu bringen. Eine Persönlichkeitsliste, wie der frühere Straßburger Oberbürgermeister Dr. Schwamber, der ja kurz vor dem Zusammenbruch auch Statthalter von Elsass-Lothringen gewesen ist, kann viel zu spät auf seinen einflussreichen Posten, als daß dadurch noch etwas hätte gerettet werden können. Das alles hinderte aber nicht, daß die

Vollstimmung in Elsass-Lothringen deutsch

gewesen ist, daß sie auch heute noch deutsch ist und deutsch sein wird. Die Bauern und Arbeiter neigen sich gegen die Verweltlichung, nur die Bourgeoisie, die mit Frankreich Geschäfte macht, deren Interessen nach Paris sich neigen, ist französisch gesinnt. Im Anfang des Krieges stammte auch in Elsass-Lothringen eine starke Begeisterung für Deutschland auf. Es ist gar keine Frage, diese Begeisterung ist während des Krieges völlig verschwunden. Begeisterungen haben dazu die Maßnahmen der militärischen Behörden, die zum großen Teil unerlässlich waren, die aber doch auch hin und wieder über das unbedingt Notwendige hinausgegangen sind und sehr hart verheimelnd gewirkt haben. So war es beispielsweise sehr schwer, Urlaub für elsass-lothringische Soldaten zu bekommen. Es mußte erst nachgeforscht werden, welche politische Haltung die Familie des betreffenden Soldaten einnahm. Auch die Arbeitgeber scharf durchgeführte Briefkontrolle, die letzten Endes die Spionage einiger weniger nicht verhinderte, hat auf die große Mehrheit des Volkes veräblicher gewirkt. Als dann der Zusammenbruch kam, war es ganz selbstverständlich, daß sich die große Masse der Bevölkerung sofort Frankreich zuwandte. Auch haben die Franzosen viel getan, um Stimmung für sich zu machen. Man hat den Wob auf der Straße bezahlt, man hat auch die längst bekannten Französischen aus dem Elsass an politisch wichtige Posten gestellt. Heute schon aber liegen die Dinge so, daß die Arbeiter einsehen, daß sie in ihrer Lebenshaltung durch einen Anschluß an Frankreich einen empfindlichen Rückschlag

erleiden würden; die Erzeugnisse der deutschen Sozialgesetzgebung würden für sie ein für allemal verloren gehen. Nicht anders ist es bei den Bauern. So ist beispielsweise, was heute in Deutschland noch vielfach unbekannt ist, der elassische Weinbau bedeutender als der am Rhein und an der Mosel. Die elassischen Weinbauern aber wissen heute schon ganz genau, daß ihre wirtschaftliche Lage nach einer Vereinigung mit Frankreich in hohem Maße verbleibert werden würde. Aus allen diesen Gründen besteht in den Massen des Volkes der lebhafteste Wunsch, daß Elsass-Lothringen auf Grund des Wilsonschen Programms frei über seine Zukunft entscheiden soll. Man will eine Abstimmung, und zwar eine Abstimmung, die durchgeführt wird ohne die Kontrolle der französischen Verwaltungsarmee, viellecht unter dem Schutze der Amerikaner. Ich habe die feste Überzeugung, so betonte Herr Steuerdirektor Goeß, daß wenn es möglich ist, in dieser Weise eine Abstimmung in Elsass-Lothringen zu veranlassen, Elsass-Lothringen sich unter allen Umständen für die Selbstständigkeit und für die Neutralität, nicht aber für den Anschluß an Frankreich aussprechen wird. Deutschland aber hat auch ein Interesse an einem neutralen Elsass-Lothringen, schon aus wirtschaftlichen Gründen, da Elsass-Lothringen die wichtigsten größten Rastlager der Welt aufweist, auch über die größten